

intro

Nach längerer Pause bietet die Grüne Liste wieder einen regelmäßigen Newsletter rund um die Erlanger Kommunalpolitik an. Dieser Informationsdienst aus dem Rathaus kann per e-mail, Fax und natürlich auch auf Papier per Post kostenlos abonniert werden.



Newsletter der Grünen Liste

Rathausplatz 1 91052 Erlangen
t. 09131-862781
f. 09131-208255
gruene-liste@erlangen.de

www.gl-erlangen.de

Ausgabe August/Sept. 2004

Einschnitte im Busverkehr „Kürzen ohne ersichtlichen Grund“

Kurz vor der Sommerpause stehen im Stadtrat Einschränkungen des Busverkehrs auf der Tagesordnung. Nach fast 2 Jahren Vorgeplänkel soll im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss am 27.7. und dann zwei Tage später im Stadtrat eine in den letzten Monaten ausgearbeitete Kürzungsliste verabschiedet werden. Dabei handelt es sich ausschließlich um Einschränkungen des Angebots und nicht um Optimierungen - bei gleichzeitiger Preiserhöhung. Zu den vorgeschlagenen Einschnitten zählen:

- Taktverschlechterungen zwischen 5 und 7 Uhr von Montag bis Freitag: Umstellen der Linien 30, 285, 286, 288, 289, 293, 294, 295 auf einen 30-Minuten-Takt, teilweise auch 60-Minuten Takt.
- Taktverschlechterungen ab 20/21 Uhr von Montag bis Freitag: statt bisher im Regelfall 30-Minuten-Takt, droht der 40-(oder gar der 60-)Minuten Takt auf den Linien 285, 288, 289, 293, 294, 295
- Taktverschlechterungen Samstags ganztägig bei Linie 281, 286, 287, 288, 289 (60- und 30-Minuten-Takte)
- Taktverschlechterungen Sonntags (60 Minuten-Takt) bei Linie 288, 289, 293 morgens (vor 10 Uhr) und Abends (nach 17 Uhr).

Die Grüne Liste lehnt die Preiserhöhung und diese Einschränkungen ab. Auch andere BürgerInnen kündigten Protest an. „Die Kombination der Kürzungen mit der Preiserhöhung ist denkbar ungeschickt und senkt die Attraktivität des ÖPNV“, stellt ein Beobachter des Verfahrens fest. Außerdem sei das Jahresergebnis der Stadtwerke hervorragend und Kürzungsdruck nicht vorhanden. „Die Mehrheitsfraktionen wollen den Bus kürzen ohne ersichtlichen Grund.“ Enttäuschung gibt es auch darüber, dass eine Optimierung des Öffentlichen Nahverkehrs, die eigentlich Aufgabe eines interfraktionellen Arbeitskreises war, dort zu keiner Zeit diskutiert wurde.

„Wichtig wäre stattdessen eine offensive Strategie für mehr Busbenutzung zu entwickeln“, meint Heiner Grillenberger, Vertreter der Grünen Liste im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss. Das könnte langfristig sogar rentabel werden.

Heimsuchung Auf den Straßen von Erlangen

TV-Team begleitet
Sozialermittler

„Die einen können sich besser helfen, weil sie eben vom lieben Gott, sag ich mal, mehr mitbekommen haben, und die anderen können das weniger, zum einen. Zum anderen sind das oft Hilfeempfänger, die schon in der ersten, zweiten oder gar dritten Generation in Bezug stehen. Und sie und die Kinder von den Leuten haben nichts anderes gelernt und erlebt und erfahren, als dass der Staat immer hilft. Man muss nur gewissermaßen den Katalog aufschlagen und bestellen und dann kommt schon jemand gesprungen.“

Reinhold W., Außendienstmitarbeiter des Sozialamtes, erzählt vor der Kamera

Reality-TV in Erlangen: Ein Fernsehteam der Süddeutschen TV-Produktionsgesellschaft begleitete inzwischen zum zweiten Mal den Außendienstmitarbeiter des Sozialamtes bei seinen Hausbesuchen. Ausgestrahlt wurden die Sendungen im April 2003 und im Juni 2004 im Programm des Privatsenders „VOX“. Anmoderation der ersten Sendung: *„Auf den Straßen von Erlangen auf dem Weg ins Elend. Reinhold W. ist Sozialermittler, Spion, Detektiv, Verwalter der Armut. Er prüft die sogenannte Bedürftigkeit.“* Anmoderation ein Jahr später: *„Reinhold W. aus Erlangen, Sozialermittler. Wir begleiten ihn und seine Fälle schon seit einem Jahr - viele Bedürftige, aber auch einige Betrüger.“*

Fortsetzung nächste Seite



Herausgeberin:

Grüne Liste Stadtratsfraktion
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
t. 09131-862781 f. 09131-208255
gruene-liste@erlangen.de
http://www.gl-erlangen.de

Newsletter der Grünen Liste

www.gl-erlangen.de

Seite 2

Ausgabe August/Sept. 2004

randspalte

Heimsuchung ...

Der Ermittler recherchiert und kombiniert, befragt Nachbarn und schließt aus einer Männerjacke im Flur auf eine verschwiegene Lebensgemeinschaft. In beiden Sendungen werden Personen mit vollen Namen vorgeführt und ihre Wohn- und Lebensverhältnisse voyeuristisch ausgeleuchtet. Ein „junger Freund, der eine Lehre begonnen hat als Koch“, aber gekündigt wurde, ist nun dem Fernsehpublikum nicht nur namentlich, sondern auch mit Kündigungsgrund bekannt.

Vor der Kamera kommentiert W. die einzelnen Stationen seines Rundgangs: „Da war ich schon einmal. Und die Leute, die gehen auch davon aus, dass das Sozialamt eine Art Selbstbedienungsladen ist, wo man bestellen kann, da kostet es nichts, und da muss man halt ein bisschen auf die Tatsachen hinweisen.“ Kommentar der Moderation: „Den Kommunen entsteht durch unberechtigte Anträge ein Schaden von 40 Mio Euro jährlich.“ Der Fall: Die Familie hat einen neuen Teppich beantragt. Reinhold W. hält den alten aber noch für zumutbar. Sie sollen sich Klebeband kaufen und ihr Kind erziehen, dass es nicht daran herumzupft. Mit Erziehungsberatung geizt er auch sonst nicht und ermahnt eine Mutter: „Aber das bringt nichts, wenn Sie ihn (den Sohn) nur schimpfen. Spielen Sie mit ihm ein bisschen Mensch-ärger-dich-nicht.“

Diese Zitate sprechen für sich - könnte man meinen. Otto Vierheilig bleibt jedoch selbstbewusst. Als Leiter des Sozialamtes erteilte er die Drehgenehmigungen. Rücken- deckung erhält er von der Sozialreferentin und Bürgermeisterin Dr. Elisabeth Preuß. Vierheilig versteht die ganze Aufregung nicht und stellt sich ausdrücklich hinter die Arbeit seines Außendienstmitarbeiters und diese Art von „Öffentlichkeitsarbeit“. Von solchen PR-Shows will er auch zukünftig kein Stück weit abrücken, sie würden die Aufgaben des Sozialamtes transparent ma-

Aufgabenkritik 2004 Zielvorgabe Stellenstreichung

Eine ständige Aufgabenkritik ist sinnvoll und notwendig. Ziel sollte sein, zweckmäßiger, wirksamer und wirtschaftlicher zu arbeiten. Von vielen Ämtern wird dies bereits seit langem intern realisiert. Als Beispiele seien hier der Entwässerungsbetrieb und das Jugendamt erwähnt. Es ist auch sinnvoll, in gewissen Zeitabständen bei der Aufgabenkritik externe Begutachter einzuschalten, wobei es sich dabei auch um ein anderes Amt handeln kann. Dadurch werden „Betriebsblindheiten“ verhindert.

Die nunmehr vorgelegte 156 Seiten umfassende Aufgabenkritik 2004 „verdient aber ihren Namen nicht, sondern ist nur ein Plan zur Stelleinsparung“, so Claudia Bittner, Fraktionsvorsitzende der Grünen Liste. Dagegen habe sich eine „angemessene MitarbeiterInnenzahl in der Vergangenheit insbesondere im Jugendamt und im Sozialamt ausgezahlt.“ Die vorliegende Aufgabenkritik wurde unter der Zielvorgabe von Personaleinsparungen durchgeführt. Eine solche Zielvorgabe ist kontraproduktiv. Dies wird vom externen Gutachter bei seiner Überprüfung des Jugendamtes bestätigt. Er führt dazu aus, dass eine Aufgabenkritik nicht in ein „Stellenstreichen“ um jeden Preis münden darf.

Ein Ergebnis dieser Zielvorgabe ist auch, dass überhaupt nicht überprüft wurde, wie die Verwaltung effektiver arbeiten könnte - welche Aufgaben erfüllt werden müssen und welche Aufgaben entfallen können.

Auch die betroffenen MitarbeiterInnen wurden zu wenig eingebunden. Aufgabe des externen Prüfers - dies ist auch das Personalamt - darf es nicht sein, die Aufgabenkritik selbst anzufertigen und mit den betroffenen Amtsleitungen nur abzusprechen. Die Aufgabe des Prüfers wäre es vielmehr, die Form und den Ablauf der Prüfung vorzugeben, zu begleiten und bei auftretenden Problemen zu unterstützen.

Die Heranziehung von Vergleichsstädten im Rahmen einer Aufgabenkritik ist sicherlich sinnvoll. Vorliegend wurde aber in vielen Fällen nur überprüft, ob in den Vergleichsstädten in den betroffenen Abteilungen und Ämtern weniger Personal tätig ist. Soweit dies der Fall war, wurde daraus gefolgert, dass in Erlangen eine entsprechende Personalreduzierung möglich und sinnvoll ist. Ein solches Verfahren ist bei gerade einmal vier Vergleichsstädten schon aus statistischen Gründen fragwürdig. Hinzu kommt, dass bei den herangezogenen Städten in vielen Fällen die Aufgaben der Ämter nicht vergleichbar waren.

„In den letzten 10 Jahren wurde mehr als jede zehnte Stelle in der Verwaltung gestichen“, zählt Claudia Bittner auf und merkt an: „Dies ist arbeitsmarktpolitisch falsch“.



Fortsetzung nächste Seite

Termine der Grünen Liste:

Jeden Montag, 19.30 Uhr:
Öffentliche Fraktionssitzung im
Rathaus, 1. Stock, Zi. 124
(außer vom 2. 8. bis 12.9.)

5.10.04, 20.00 Uhr, Feldstr. 22:
Vollversammlung -
Themenschwerpunkt: Hartz IV

Newsletter der Grünen Liste

www.gl-erlangen.de

Seite 3

Ausgabe August/Sept. 2004

Hartz IV und die Wohnsituation

Die Zahl der preiswerten Mietwohnungen nimmt in Erlangen ständig ab. Zwei Faktoren verursachen im Wesentlichen diese Entwicklung: Zum einen fallen immer mehr Sozialwohnungen aus der Sozialbindung. Zum anderen wurden von der GeWoBau und auch anderen Wohnungsgesellschaften viele ältere und vorher preiswerte Mietwohnungen modernisiert. Die Mieten haben sich dort erheblich erhöht.

Hartz IV sieht vor, dass künftig die Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe abgesenkt wird. Daraus wird sich ein gravierendes Problem für Erlangen ergeben. Bisher konnten die meisten ArbeitslosenhilfempfängerInnen für ihre Mieten selber aufkommen. In Zukunft wird dies nicht mehr möglich sein. Der Bestand an preiswertem Wohnraum wird nicht ausreichen, um die bisherigen EmpfängerInnen von Arbeitslosenhilfe mit zu versorgen. Es müsste dann die Wohngeldpauschale in Erlangen drastisch erhöht werden. Außerdem sollte sich - wie bei verschiedenen Anlässen von der Grünen Liste beantragt - die bisherige Politik der GeWoBau ändern, deren erklärtes Ziel die Modernisierung oder der Verkauf bzw. Abriss möglichst aller älteren und bisher preiswerten Wohnungen ist.

Aufgabenkritik, Seite 99: "Im Jahre 2003 wurden gerade einmal 311 Sozialwohnungen vermittelt. Diese Summe der vermittelten Wohnungen ist die maßgebliche Ausgangsgröße, weil darin logischerweise alle die in diesem Jahr freigemeldeten bezugsfertigen gewordenen Sozialwohnungen erfaßt sind. Demgegenüber beträgt die Zahl der Sozialwohnungssuchenden 1258, so dass sich ein Nachfrageüberhang von weit über 200 % ergibt".

Hartz IV und das Optionsmodell

Nach dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses könnte es für die Stadt nun doch die Möglichkeit des so genannten Optionsmodells nach der Experimentierklausel geben. Danach können insgesamt 69 Kommunen zunächst für die Dauer von sechs Jahren die Abwicklung der zusammengelegten Arbeitslosen- und Sozialhilfe in eigener Regie wahrnehmen. In der letzten Stadtratssitzung wurde eine Arbeitsgruppe beschlossen, die sich um die Aufnahme der Stadt Erlangen in den Kreis der 69 bemühen und weitere Details ausarbeiten soll. Die Grüne Liste begrüßt diese Entwicklung, da sich die Gespräche mit dem Arbeitsamt zur Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft - eine weitere Variante zur Abwicklung des so genannten Arbeitslosengeldes II - als sehr schwierig gestalteten.

chen und zu mehr Akzeptanz beitragen. Auch für eine Qualitätsprüfung der Außendienstarbeit sieht er keinen Anlass.

Erst an der Haustüre wurde den Betroffenen eine Einverständniserklärung zum Unterschreiben vorgehalten. Würden sie ein paar Tage vorher informiert und ihnen Bedenkzeit eingeräumt werden - so lautet die Mindestforderung der Grünen Liste - seien die Aufnahmen nicht mehr authentisch. Alle hätten die Mitwirkung verweigern können, niemand hätte unterschreiben müssen, meint der Sozialamtsleiter. Dass sich BezieherInnen von Sozialhilfe nicht trauen abzulehnen, da sie nachteilige Folgen befürchten, lässt er nicht gelten. Schließlich seien auch Absagen vorgekommen. Sein Außendienstmitarbeiter ergänzt: Einige seiner „Kunden“ wären sogar froh darüber, endlich Aufmerksamkeit für ihre schwierige Lage zu erhalten.

„Kundin“ F. hätte auf solche Aufmerksamkeit gerne verzichtet. Gegenüber der GL und später auch im Sozial- und Gesundheitsausschuss des Erlanger Stadtrates erläuterte sie, dass sie sich an der Haustüre nicht in der Lage gesehen habe, das Fernsichteam abzuweisen. Vor der Ausstrahlung der Sendung wollte sie aber telefonisch und brieflich bei der Produktionsfirma ihr Einverständnis widerrufen oder wenigstens erreichen, dass ihre Person unkenntlich gemacht wird. Vergebens, die entsprechenden Aufnahmen wurden unverändert ausgestrahlt.

Bereits im letzten Jahr, als die erste Sendung über die Bildschirme flimmerte, gingen Beschwerden bei der Stadt ein: „*Es ist unbegreiflich, wie es zugelassen werden konnte, dass hilfsbedürftige Bürger der Stadt Erlangen unter Mithilfe eines städtischen Bediensteten als ‚Sozialbetrüger‘ vor einem Millionenpublikum diffamiert werden. Auch eine von den Betroffenen in einer Überrumpelungsaktion eingeholte Sendeerlaubnis kann nicht als Rechtfertigung dienen. Zu*

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe:
27.07.2004

Der nächste Newsletter
erscheint im Oktober 2004

Newsletter der Grünen Liste

www.gl-erlangen.de

Seite 4

Ausgabe August/Sept. 2004

randspalte

Heimsuchung ...

der beschämenden Situation der Betroffenen, nicht aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt sichern zu können, kommt nun auch die Bloßstellung in ihrem sozialen Umfeld, nicht zuletzt auch durch die teilweise abfälligen Anmerkungen des städtischen Bediensteten. Wir bitten Sie, Sorge zu tragen, dass Bürger der Stadt Erlangen zukünftig vor solchen Aktionen, die einen groben Vertrauensmissbrauch darstellen, geschützt werden“ (Auszug aus einem von mehreren BürgerInnen unterschriebenen Brief an den Oberbürgermeister und die Fraktionen vom 2.5.04).

Auch die Grüne Liste vertritt die Meinung, dass unabhängig davon, wie man diese Art von Öffentlichkeit beurteilt, es nicht zur Diffamierung von Personen kommen darf. Nach vergeblichen Gesprächen mit der Sozialamtsleitung wurde beantragt, dass keine Drehgenehmigungen mehr erteilt oder hilfsweise die Betroffenen wenigstens mehrere Tage vorher informiert werden. Im Sozial- und Gesundheitsausschuss am 29. Juni stand der GL-Antrag auf der Tagesordnung und wurde vertagt. Nach heißer Diskussion wollen sich die CSU und Bürgermeister Lohwasser erst einmal den Videomitschnitt der VOX-Sendungen anschauen. In der nächsten Sitzung, die erst am 6. Oktober anberaumt ist, soll dann über den Antrag entschieden werden. Unterdessen versucht Sozialamtskundin F. wahrscheinlich vergebens, den weiteren Video-Vertrieb der Sendungen zu stoppen.

BürgerInnenentscheid Arcaden Keine Abstimmung über das „Wie“

Der von CSU und FDP initiierte BürgerInnenentscheid zum geplanten Einzelhandelszentrum „Erlangen Arcaden“ wird von den BefürworterInnen dieser Einkaufsmeile gerne als Freibrief für dieses Bauprojekt gewertet. Dabei haben sich sogar 40% grundsätzlich gegen die Arcaden ausgesprochen. Die 60% Ja-Stimmen haben eine Weiterführung der Planung befürwortet aber nichts über den Umfang dieses Bauprojektes ausgesagt. Mit diesem Entscheid wurde nur das „Ob“, aber nicht das „Wie“ geklärt. Auch die Initiative „Stadtverträgliche Arcaden“, an welcher auch VertreterInnen der Grünen Liste mitwirken, hatte sich nie grundsätzlich dagegen, sondern für einen stadtverträglichen Umfang ausgesprochen. Eine entsprechende Planung scheint aber beim Investor mfi (Management für Immobilien AG) auf wenig Gegenliebe zu stoßen. Da die Initiative bereits vor längerer Zeit selbst Unterstützungsunterschriften für eine eingeschränkte Arcaden-Planung gesammelt hat, kann in Zukunft vielleicht noch mit einer weiteren Abstimmung über die konkrete Planung entschieden werden. Ob das BürgerInnenbegehren über das „Wie“ letztendlich in die Wege geleitet wird, will die Initiative von den weiteren Planungsschritten der mfi abhängig machen.

Baden gehen ...

Nach den Vorstellungen der der schwarz/gelben Stadtratsmehrheit soll das Hallenbad bis 2005 geschlossen und das Röthelheimbad durch einen privaten Investor in ein „Erlebnisbad“ umgewandelt werden. Insgesamt würde das einen Angebotsrückgang bedeuten. Eine enorme Steigerung der Eintrittspreise wäre zu erwarten. Ein Antrag der Grünen Liste sieht vor, dass die Stadt Verhandlungen mit den Erlanger Stadtwerken aufnimmt über die Übernahme und Bewirtschaftung aller Erlanger Bäder. Den Stadtwerken sollen dafür - wie bei privaten Betreibern - jährliche Zuschüsse vertraglich zugesichert werden. Da es sich bei den Stadtwerken um eine städtische Gesellschaft handelt, wäre eine Mitbestimmung durch Stadtrat und BürgerInnen gewährleistet.

buch

Jetzt sind wir an der Reihe

Das Massaker von Cumiana und der Widerstand im Piemont unter deutscher Besatzung 1943 - 1945

Marco Comello hat ein anschauliches Buch über die Zeit der deutschen Besatzung in Italien während des Zweiten Weltkriegs geschrieben. Ausgehend von einem Massaker der SS in seinem Geburtsort Cumiana vor 60 Jahren erzählt der Autor die Geschichte des zwanzig Monate währenden Widerstands „La Resistenza“ im Piemont.

Der vorliegende Band wurde vom Verein zur Förderung alternativer Medien übersetzt und herausgegeben. Finanziell unterstützt wurde dieses Projekt von der Grünen Liste und auf Antrag der GL auch von der Stadt Erlangen.

236 Seiten, 34 Abbildungen, 16,90 Euro, ISBN 3-00-011977-9
auch zu bestellen im GL-Büro oder unter www.resistenza.de